

Kanada

Inhalt

Überblick

First Nations

Métis

Inuit

Der schwierige Weg zur Versöhnung und Wiedergutmachung

Ausblick

Überblick

Historiker gehen davon aus, dass die Vorfahren der heutigen indigenen Völker Kanadas bereits vor etwa 30.000 Jahren über eine damals existierende Landbrücke im Gebiet der Beringstraße von Asien nach Nordamerika gelangt sind. Sie waren Nomaden, lebten von der Jagd und dem Fischfang und ließen sich im Verlauf der Jahrtausende in ganz Nordamerika nieder.

Heute leben in Kanada 3 große Gruppen indigener Völker, die sich in ihrer Geschichte, Kultur und Lebensweise stark voneinander unterscheiden.

Wie in Abschnitt 35 der kanadischen Verfassung („*Constitution Act*“) von 1982 festgelegt wurde, gehören dazu die First Nations¹, Inuit und Métis. Dieser Abschnitt ist der Teil des Verfassungsgesetzes, der die Rechte und Verträge Indigener anerkennt und bekräftigt - sie aber nicht geschaffen hat.² Dazu gehören kulturelle, soziale, politische und wirtschaftliche Rechte - wie das Recht auf Land, die eigene Kultur auszuüben und Verträge abzuschließen, ferner Rechte zum Fischfang und zur Jagd.

In Kanada machen indigene Völker 4,9% der Gesamtbevölkerung aus, die bei der letzten Volkszählung im Jahr 2016 35.151.728 Einwohner_innen zählte.

Von ihnen bezeichnen sich 1.673.785 Kanadier_innen als Aboriginals. 977.230 (58,4%) registrierten sich als First Nations, 587.545 (35,1%) als Métis und 65.025 (3,9%) als Inuit. Zusätzlich meldeten sich 43.985 Personen als Kanadier_innen gemischter indigener Herkunft oder ohne eine eindeutig ethnische Zugehörigkeit.³

Insgesamt existieren in Kanada mehr als 70 indigene Sprachen, die zu 12 Sprachfamilien gehören.⁴

Die indigenen Völker Kanadas werden durch verschiedene Organisationen vertreten, die auf regionaler Ebene sowie auf Provinz- und Bundesebene tätig sind. Zu ihnen gehören die „*Assembly of First Nations*“, der „*Congress of Aboriginal Peoples*“, die „*Inuit Tapiriit Kanatami*“, der „*Métis National Council*“, und die „*Native Women’s Association of Canada*“.⁵

First Nations

Der Begriff First Nation wurde in den 1970er Jahren als Ersatz für die Bezeichnung „*Indian band*“ eingeführt.⁶ In Kanada gibt es mehr als 630 First Nation-Gemeinschaften, die vom

1 Im Abschnitt 35 des „*Constitution Act*“ wird noch der Begriff „*Indian*“ verwendet. Seit einigen Jahrzehnten nennen sich die meisten indigenen Gemeinschaften First Nations.

2 First Nations & Indigenous Studies, The University of British Columbia, UBC, Vancouver, https://indigenousfoundations.arts.ubc.ca/constitution_act_1982_section_35/

3 Daten der Volkszählung 2016, Kanada, Thema „*Aboriginal peoples*“, veröffentlicht am 25. Oktober 2017, <https://www12.statcan.gc.ca/census-recensement/2016/rt-td/ap-pa-eng.cfm>

4 Daten der Volkszählung 2016, Kanada, Kurzfassung, Thema „*The Aboriginal languages of First Nations people, Métis and Inuit*“, veröffentlicht am 25. Oktober 2017,

<https://www12.statcan.gc.ca/census-recensement/2016/as-sa/98-200-x/2016022/98-200-x2016022-eng.cfm#n4>

5 International Work Group for Indigenous Affairs, IWGIA, „*The Indigenous World 2020*“, S. 569, http://iwgia.org/images/yearbook/2020/IWGIA_The_Indigenous_World_2020.pdf, S.569

6 Bob Joseph, „*21 Things You May Not Know About The Indian Act*“, Indigenous Relations Press, 2018, S. 110

Staat anerkannt sind. Sie repräsentieren mehr als 50 Nationen und sprechen über 50 indigene Sprachen.⁷ Viele leben in den Provinzen Ontario und British Columbia. Zur Gruppe der First Nations gehören die Haida, Kwakiutl, Nuu-chah-nulth, Salish, Tsimshian, Wet'suwet'en, Tlingit, Chilcotin, Secwepemc, Slavey, Tlicho, Dene, Blackfoot, Assiniboine, Cree, Ojibwe, Wendat, Innu, Haudenosaunee, Mi'kmaq, Malecite, Beothuk, um nur einige Völker zu nennen.

Mitglieder einer First Nation-Gemeinschaft sind diejenigen, die nach dem aus der Kolonialzeit stammenden „Indian Act“ von 1876 als Indigene registriert werden und damit vom Staat anerkannt sind. Die nach bestimmten Kriterien Registrierten oder auch „Status Indians“ haben Anspruch auf bestimmte Vorteile, Rechte, Programme, Dienstleistungen, die von Bundesbehörden und Provinzregierungen angeboten werden - es bestehen aber auch Einschränkungen. Sie leben in sogenannten Reservationen bzw. „reserves“, die ihnen durch Verträge mit der kanadischen Regierung bzw. der britischen Krone zugewiesen wurden. Indigene ohne einen verbindlichen Status können trotzdem Mitglieder einer Gemeinschaft sein, leben allerdings außerhalb der „reserves“, von denen es in Kanada etwa 3.100 gibt.⁸

Der „Indian Act“ wurde auf der Grundlage des aus dem Jahr 1867 stammenden „Constitution Act“ von der kanadischen Regierung beschlossen. Es handelt sich hierbei um ein Gesetz, durch das die rechtliche Situation der indigenen Bevölkerung vom Staat festgelegt und das System der „reserves“ begründet wurde. Ziel dieses Gesetzes war die Kontrolle und Assimilation der indigenen Bevölkerung.

Im Laufe der Jahre wurde der „Indian Act“ wiederholt verändert und gilt noch heute - wenn auch in einer auf die heutige Situation angepassten Form.

Darin festgelegt sind die Anerkennung des Status als Indigene, die Mitgliedschaft in einer First Nation-Gemeinschaft, die Nutzung des Landes und der Ressourcen, die Festlegung der Besitzverhältnisse ebenso wie ein auf Wahlen basierendes Regierungssystem. Die von der Gemeinschaft gewählten Führungspersonen bzw. „Chiefs“⁹ und die Räte übernehmen in begrenztem Maße Regierungsaufgaben und vertreten sie nach außen.¹⁰ Einige Gemeinschaften wie die Nisga'a Nation in British Columbia bestimmen und verwalten sich seit einem im Jahr 2000 mit der kanadischen Regierung geschlossenen Vertrag selbst und sind somit unabhängig vom „Indian Act“.

In der kolonialen Vergangenheit ging es der kanadischen Regierung zum einen darum, sich das Land durch Verträge mit einzelnen der dort seit Urzeiten lebenden indigenen Gemeinschaften zu sichern und zum anderen um eine totale Anpassung der indigenen Bevölkerung an die europäische Lebensweise und das Wertesystem. Neben verschiedenen Kontrollmechanismen bzw. Regeln z.B. zum Verlassen der „reserves“ enthielt der „Indian Act“ viele Verbote, die u.a. das Wahlrecht betrafen, die traditionelle Lebensweise, Zeremonien wie dem „Potlatch“¹¹ ebenso wie Vorschriften, die eine systematische Diskriminierung der Frauen bedeuteten. So verloren zwischen 1958 und 1968 mehr als 100.000 indigene Frauen und Mädchen ihren Status als Indigene, wenn sie einen nicht-indigenen Mann hei-

7 Daten der Volkszählung 2016, Kanada, Thema „First Nations“,

<https://www.rcaanc-cirnac.gc.ca/eng/1100100013791/1535470872302>

8 Canadian Geographic Indigenous Peoples Atlas of Canada, „First Nations“, S. 67, Royal Canadian Geographical Society 2018, Der Atlas ist ein Gemeinschaftswerk von Vertreter_innen der First Nations und der kanadischen Regierung. Weitere Bände thematisieren die Situation der Inuit und Métis.

9 Man unterscheidet zwischen „Band Chiefs“ und „Hereditary Chiefs“. Während die „Band Chiefs“ nach den Regeln des „Indian act“ alle 2 Jahre gewählt werden, handelt es sich bei den „Hereditary Chiefs“ um Führungspersonen, die ihr Amt aufgrund ihres Erbspruchs innehaben.

10 Indigenous Corporate Training Inc., „Working Effectively with Indigenous Peoples“, Blog, 25. Juni 2015, <https://www.ictinc.ca/blog/indian-act-and-elected-chief-and-band-council-system>

11 Die „Potlatch“-Zeremonie ist für die Kultur der indigenen Völker der Westküstenregion Kanadas von zentraler Bedeutung. Sie dient u.a. dazu Namen, Titel und Verantwortung eines „Chiefs“ an seinen Erben abzugeben, eine Rangordnung festzulegen, Reichtum zu verteilen, Hochzeiten oder eine Geburt zu feiern, den Tod eines „Chiefs“ zu zelebrieren. Bob Joseph, S.48. ebd.

rateten. Für indigene Männer galt diese Regelung in umgekehrter Form nicht. Die Frauen mussten das „reserve“ verlassen und verloren dadurch auch alle Vorteile eines Lebens in der Gemeinschaft.¹² Diese Ungleichbehandlung von Frauen und Mädchen ist noch heute einer der Hauptgründe für ihre Verletzbarkeit bzw. für diskriminierendes und rassistisches Verhalten ihnen gegenüber.

Durch den „*Indian Act*“ wurde außerdem das koloniale System der „*Residential Schools*“ festgelegt. Diese internatsartigen Schulen wurden im Auftrag der kanadischen Regierung von kirchlichen Institutionen geleitet. Kinder im Alter zwischen 6 und 16 wurden den Eltern weggenommen mit dem Ziel „kill the Indian in the child“¹³ und in die vielfach weit entfernten Internate gebracht, wo sie ihre eigene Sprache nicht mehr sprechen durften sondern nur noch eine der beiden Kolonialsprachen. Zwischen 1870 und 1996 starben oder verschwanden etwa 6.000 von 150.000 Kindern in Folge von Missbrauch, Hunger, Unterversorgung, Einsamkeit oder auf dem Fluchtweg zu ihren Familien. Die Letzte dieser Schulen wurde erst 1996 geschlossen. Für die indigene Bevölkerung gab es keine Möglichkeit sich diesem System mit seinen bis in die Gegenwart reichenden verheerenden Auswirkungen zu entziehen. Identitätsverlust, Alkoholismus, Drogenabhängigkeit, Armut, Diskriminierung sind nur einige der Merkmale, die das Leben der nachfolgenden Generationen bis heute bestimmen.

Métis

Die Métis gehören zur Gruppe der Nachfahren schottischer und französischer Pelzhändler, die im 18. bzw. 19. Jahrhundert nach Kanada kamen und Beziehungen mit indigenen Frauen eingingen. Die Regierung ging damals davon aus, dass die europäischen Väter ihre Kinder finanziell unterstützten und sie entsprechend an die kanadische Gesellschaft angepasst würden.

Im 19. Jahrhundert lebten die Métis im „*Red River District*“, der heutigen Provinz Manitoba und später auch in der Provinz Saskatchewan. Lange mussten sie um ihre indigenen Rechte und ihre Anerkennung kämpfen und ihr Siedlungsgebiet mehrfach gegenüber europäischen Einwanderern verteidigen. 1870 wurden die Métis erstmals als indigenes Volk durch den „*Manitoba Act*“ anerkannt. Dieser sah eine Entschädigung für die Aberkennung ihrer Rechte und Landtitel vor.¹⁴ Nach Abschnitt 81 des „*Manitoba Act*“ wurde ihnen - anders als den First Nations – 1.400.000 Hektar Land für eine individuelle Aufteilung in Form eines komplizierten Gutscheilverfahrens zur Verfügung gestellt.

Diese Entscheidung hatte langfristig negative Folgen für die Gemeinschaft der Métis und jeden Einzelnen. In den folgenden Jahren verloren sie einen großen Teil des Landes durch Spekulanten, Betrug, Verkauf unter Wert und in Auseinandersetzungen mit eindringenden Siedler_innen.

Über Jahrzehnte kämpfte der „*Métis National Council*“ für Wiedergutmachung und um die Erlaubnis für ein offiziell anerkanntes Territorium, auf dem sie ihre Gemeinschaften aufbauen und ihre Kultur erhalten konnten. Heute leben viele Métis auf dem Land entlang der alten Pelzhandelsrouten, die von der Provinz Ontario bis in den Norden der Provinz Alberta reichen oder aber in größeren Städten wie Winnipeg.

Erst durch die bedeutsame „*Powley*“-Entscheidung¹⁵ des Obersten Gerichts von Kanada 2003 gewannen sie einige ihrer Fisch- und Jagdrechte zurück und erfuhren dadurch zunehmend mehr Anerkennung ihrer Rechte als Métis.

Gegenwärtig gibt es im ganzen Land viele Meinungsverschiedenheiten darüber, wer Métis ist und wer nicht, insbesondere in Bezug auf verfassungsmäßige Rechte und einige öffent-

12 Bob Joseph, „21 Things You May Not Know About The Indian Act“, Indigenous Relations Press 2018, S. 21f

13 Bob Joseph, „21 Things You May Not Know About The Indian Act“, Indigenous Relations Press 2018, S. 53

14 Lynda Gray, „First Nations 101“, Adaawx Publishing, 2011, S. 45f

15 First Nations & Indigenous Studies, The University of British Columbia, UBC, Vancouver, https://indigenousfoundations.arts.ubc.ca/powley_case/

liche Leistungen wie die Krankenversicherung. Der nationale Rat der Métis verabschiedete 2002 die folgende Definition für Angehörige der Métis: „Metis ist eine Person, die sich in Abgrenzung zu anderen indigenen Gruppen als Métis identifiziert, historisch vom Volk der Métis abstammt und von diesem akzeptiert wird.“¹⁶ Die Métis verbindet eine gemeinsame Geschichte, eine eigene Sprache¹⁷ und Kultur.

Inuit

Inuit Nunangat ist das Heimatland der Inuit in Kanada, was so viel bedeutet wie „Der Platz, wo Inuit leben“. Dazu gehören Nunatsiavut (nördliche Küstenregion von Labrador), Nunavik (Nord-Quebec), Nunavut und die Inuvialuit-Region der Nordwest-Territorien. Diese Regionen umfassen zusammen das traditionell von Inuit besetzte Gebiet in Kanada, in dem 53 Gemeinschaften leben. In der Sprache der Inuit „*Inuktitut*“ bedeutet das Wort Inuit „*die Menschen*“. Der Singular von Inuit ist Inuk.¹⁸

Seit 1999 bildet Nunavut ein eigenständiges neues Territorium innerhalb des Verbundes kanadischer Provinzen und Territorien mit einer eigenen Regierung und Verwaltung. Dort leben fast die Hälfte aller kanadischen Inuit zusammen mit einer kleineren Gruppe von nicht-indigenen Kanadier_innen.

Zwischen den Inuit und der kanadischen Regierung gab es im Laufe der Geschichte mehrere Landverträge. Das „*James Bay und nördliches Quebec Abkommen*“ von 1975 zwischen den Inuit, den Cree First Nation aus dem Norden der Provinz Québec, der Provinz- und Bundesregierung sowie 3 Kooperationen der Energieversorgung und Entwicklung war die 1. wichtige Vereinbarung zu Landansprüchen in Kanada. Das Abkommen enthält neben Kapiteln zu Gesundheits- und Sozialdiensten, zur Erziehung, Justiz auch Aspekte wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungspolitik sowie zum Landbesitz und zu finanziellen Abmachungen.¹⁹

Auch wenn die Regeln des „*Indian Act*“ nicht für die Inuit galten, wurden auch ihre Kinder zwischen 1950 und 1970 gegen den Willen ihrer Eltern oft in weit entfernte Internate gebracht. Sie litten unter der Entfremdung von ihrer Kultur, ihrer Sprache, Missbrauch, der mangelnden Ernährung und schlechter medizinischer Versorgung.

2008 entschuldigte sich der kanadische Premierminister Stephen Harper bei den First Nations, Inuit und Métis für das grausame Schicksal, das die Schüler_innen der „*Residential Schools*“ und ihre Familien erleiden mussten. Allerdings blieb dabei das Schicksal der Inuit und Innu aus den Provinzen Labrador und Newfoundland unerwähnt. Eine Entschuldigung für diese Gruppe erfolgte erst 2015 durch Premierminister Justin Trudeau.

Die sich rasant verändernde Lebensweise der Inuit in den vergangenen Jahrzehnten, die vielfach gezwungenermaßen mit der Aufgabe alter Traditionen, Zwangsumsiedelungen, der Anpassung an moderne, gesellschaftliche Anforderungen und einer hohen Schadstoffbelastung in der Nahrungskette zusammenhängt, hat zu erheblichen ökonomischen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Problemen in Inuit-Gemeinden geführt.

Hinzu kommen die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels, den die Bewohner der arktischen Regionen zu allererst spüren und die mit dem Verlust ihrer vertrauten Umgebung, Kultur, ihrer Lebensgrundlage, Identität und Umsiedlung einhergehen.

Alkoholismus, Drogenabhängigkeit, ein Mangel an Arbeitsplätzen, Verarmung und eine hohe Suizidrate in der jungen Generation sind nach wie vor die Folge.

16 Bob Joseph, „21 Things You May Not Know About The Indian Act“, Indigenous Relations Press 2018, S. 113

17 „Michif“ ist eine Sprach-Kombination aus Französisch, Cree und Ojibwa.

18 Government of Canada, „Inuit“, Thema „Inuit Population and Language“, <https://www.cimnac.gc.ca/eng/1100100014187/1534785248701#sc1>

19 Sheila Watt-Cloutier, „The Right to Be Cold“, University of Minnesota Press, 2015, S.89f

Der schwierige Weg zur Versöhnung und Wiedergutmachung

2016 verpflichtete sich die kanadische Regierung eine „Nation to Nation“-Beziehung mit den indigenen Völkern Kanadas zu verfolgen, die auf Anerkennung, gleichen Rechten, Respekt, Zusammenarbeit und Partnerschaft beruht.²⁰

Gleichzeitig bekannte sich die kanadische Regierung uneingeschränkt zur „UN-Declaration on the Rights of Indigenous Peoples“ (UNDRIP). Vorausgegangen war ihre Billigung im Jahr 2010 nachdem Kanada 2007 ursprünglich zusammen mit vier weiteren Staaten gegen die Deklaration gestimmt hatte.

Der kanadische Premierminister Justin Trudeau sprach sich im gleichen Jahr für eine Neustrukturierung des Ministeriums „Indigenous and Northern Affairs“ aus, das den „Indian Act“ verwaltet. Das Ministerium heißt heute „Crown-Indigenous Relations and Northern Affairs Canada“.

Ferner billigte er den Abschlussbericht der „Truth and Reconciliation Commission“ (TRC) über das „Residential School“-System in Kanada. Der Bericht verdeutlicht den „kulturellen Völkermord“²¹ an der indigenen Bevölkerung des Landes und enthält 94 Empfehlungen zur Wiedergutmachung.²²

Des weiteren rief er eine nationale und öffentliche Untersuchung über vermisste und ermordete indigene Frauen und Mädchen ins Leben, deren Schicksal eine weitere nationale Tragödie des Landes darstellt. 2017 sagte die Ministerin für „Indigenous and Northern Affairs“, Carolyn Bennett, während der 16. Sitzung des permanenten Forums für Indigene Angelegenheiten der Vereinten Nationen: „Wir haben eine historische, nationale Untersuchung über vermisste und ermordete indigene Frauen und Mädchen eingeleitet, die sich mit den tieferen Ursachen, einschließlich Rassismus und Sexismus in der Polizeiarbeit befassen wird.“²³ 2019 wurde dem Parlament in Ottawa ein 1.200 Seiten starker, nationaler Abschlussbericht übergeben. Dieser enthält 231 Appelle, dem erschütternden Ausmaß an Gewalt gerecht zu werden und diese zu beenden. Die Regierung verpflichtete sich bis Juni 2020 einen nationalen Aktionsplan zur Prävention und Bekämpfung der Gewalt zu entwickeln²⁴ - wobei der Zeitplan und das Verfahren für einen solchen Plan nach wie vor unbekannt sind.

Zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit gehören neben den von der kanadischen Regierung einberufenen Kommissionen auch das 2014 von Überlebenden des „60s Scoop“ gegründete „Sixties Scoop Network“²⁵. Dieses dient u.a. dazu, das Ausmaß der seit den späten 50er- bis in die 80er-Jahre andauernden Verschleppungen indigener Kinder mithilfe einer interaktiven Online-Karte zu visualisieren, das Bewusstsein für dieses Thema zu schärfen und Überlebende mit ihren Familien zusammenzubringen. Im Zuge der kolonialen, kanadischen Kinderfürsorgepolitik wurden über 20.000 indigene Kinder oft gewaltsam u.a. von Sozialarbeiter_innen aus ihren Familien herausgenommen, um sie in Pflegeheimen unterzubringen oder zur Adoption in nicht-indigene Haushalte zu schicken. Sie wurden in entfernte Provinzen innerhalb von Kanada, den USA und sogar nach

20 Marcia Nickerson, „Characteristics of a Nation-to-Nation Relationship“, Submitted to the Institute on Governance, Discussion Paper, Februar 2017, S. 4, IOG-Nation-to-Nation-Discussion-Paper-2017-02.pdf

21 Bob Joseph, „21 Things You May Not Know About The Indian Act“, Indigenous Relations Press 2018, S.61

22 Abschlussbericht der Truth and Reconciliation Commission of Canada, 2015, Honouring_the_Truth_Reconciling_for_the_Future_July_23_2015.pdf

23 Carolyn Bennett, Ministerin für „Indigenous and Northern Affairs at the United Nations Permanent Forum on Indigenous Issues 16th Session, New York 25.4.2017, https://www.canada.ca/en/indigenous-northern-affairs/news/2017/05/speaking_notes_forthehonourablecarolynbennettministerofindigenou.html

24 Amnesty International Kanada, „Canada: National Action Plan to end violence against First Nations, Métis, and Inuit women, girls, and two-spirit persons needed now“, 28. August 2020 <https://www.amnesty.ca/get-involved/take-action-now/canada-national-action-plan-end-violence-against-first-nations-m%C3%A9tis-and>

25 „Sixties Scoop Network“, <https://sixtiescoopnetwork.org/> Den Begriff „scooping“ kann man mit abschöpfen oder herausnehmen übersetzen.

Deutschland, Großbritannien und Australien gebracht.²⁶ Als Grund für diese Praxis nannte man eine angeblich unzureichende Fürsorge, die die Kinder in ihren Familien erhielten. 2017 stellte die kanadische Regierung eine finanzielle Entschädigung für die Überlebenden dieser Politik in Höhe von bis zu 800 Millionen Dollar bereit.²⁷

Wie langwierig und schwierig die Überwindung der kolonialen Vergangenheit in Kanada ist, zeigt sich nicht nur darin, dass es bisher nicht gelungen ist, die „*UN-Declaration on the Rights of Indigenous Peoples*“ (UNDRIP) auf Bundesebene in Form eines Rahmenplans zur Wiedergutmachung in allen Bereichen der kanadischen Gesellschaft zu implementieren. Die 2018 dazu im kanadischen Unterhaus eingebrachte und mit großer Mehrheit angenommene Gesetzesvorlage Bill C-262 scheiterte 2019 am Widerstand einiger Senator_innen im Senat.

Allerdings verabschiedete die Regierung der Provinz British Columbia im November 2019 als erste Provinz ein Gesetz, das den Standards der „*UN-Declaration on the Rights of Indigenous Peoples*“ (UNDRIP) entspricht und den indigenen Völkern dadurch mehr Einfluss ermöglichen soll.²⁸

Vor dem Hintergrund der in die koloniale Vergangenheit reichenden Landansprüche und Verträge „*Treaties*“ kommt es zwischen der kanadischen Regierung, der Industrie und indigenen Gemeinschaften immer wieder zu Konflikten, die vielfach in langwierigen Prozessen vor Gericht ausgetragen werden müssen.

Dabei geht es vielfach um die Nichteinhaltung des in den Artikeln 10 und 19 der „*UN-Declaration on the Rights of Indigenous Peoples*“²⁹ verbrieften Rechts auf einen „*free, prior and informed consent*“ (FPIC)³⁰ zu Projekten der Energiegewinnung, Abholzung, dem Bau von Pipelines, Rohstoffbohrungen oder dem Abbau von Mineralien auf dem Territorium indigener Gemeinschaften, also um Maßnahmen, von denen sie direkt betroffen sind.

Wie komplex und schwierig die Situation ist, zeigt das Beispiel der auf dem Territorium der Wet’suwet’en-Nation in British Columbia lebenden Gemeinschaften. Seit mehr als einem Jahrzehnt machen die „*Hereditary Chiefs*“³¹ der Wet’suwet’en-Nation ihren Anspruch auf ihren traditionellen Titel und ihre Landrechte geltend und protestieren gegen den Bau einer 680km langen Gaspipeline, die quer durch ihr traditionelles Gebiet verläuft.

Das Projekt des Energieunternehmens Coastal GasLink wurde ohne ihre „*freie, vorherige und informierte Zustimmung*“ (FPIC) und damit unter Verletzung ihrer Rechte von der Provinz- und Bundesregierung genehmigt.

Die im Gebiet der Wet’suwet’en lebenden Indigenen gehören zwar alle zum Volk der Wet’suwet’en-Nation, aber ihre Rechte und Regierungsformen unterscheiden sich erheblich. Während einige Gemeinden ihre „*Chiefs*“ nach dem System des „*Indian Act*“ alle 2 Jahre neu wählen und im „*reserve*“ leben, werden andere Gemeinden von „*Hereditary Chiefs*“ regiert. Sie haben die Landnutzung und das seit Jahrtausenden bestehende, traditionelle Regierungssystem in ihrem Hoheitsgebiet aufrechterhalten.

26 Amnesty International Kanada, „The Sixties Scoop: the Pay-Off“, 29. August 2020, <https://www.amnesty.ca/blog/sixties-scoop-pay>

27 Gerd Braune, „Indigene Völker in Kanada“, Der schwere Weg zur Verständigung, Ch. Links Verlag, September 2020, S. 109f

28 Amnesty International Kanada: „Proposed provincial legislation a crucial step toward reconciliation in British Columbia“, 25.10.2019, <https://www.amnesty.ca/news/proposed-provincial-legislation-crucial-step-toward-reconciliation-british-columbia>

29 „United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples“, S.11 und 16, https://www.un.org/development/desa/indigenouspeoples/wp-content/uploads/sites/19/2018/11/UNDRIP_E_web.pdf

30 „freie, vorherige und informierte Zustimmung“

31 „Hereditary Chiefs“ sind Führungspersonen in einer First Nation Gemeinschaft, die ihr Amt aufgrund ihres Erbanspruchs innehaben.

Im Zuge des bahnbrechenden Urteils von „*Delgamuukw*“ aus dem Jahr 1997³² stellte das Oberste Gericht von Kanada fest, dass den „*Hereditary Chiefs*“ der Wet’suwet’en die Autorität über ihr Territorium obliegt. Dieses Urteil bildet eine Grundlage für die kanadische Rechtsprechung zu Titeln und Landrechten. Die gewählten „*Chiefs*“ sind demnach – laut kanadischem Gesetz – nur für die nach dem „*Indian Act*“ geschaffenen „*reserves*“, aber nicht für die traditionellen, nicht an die Regierung bzw. die britische Krone abgetretenen Gebiete außerhalb der „*reserves*“ zuständig.

Während mehrere der gewählten „*Chiefs*“ dem Pipelineprojekt zustimmten, wehrte sich eine Gruppe der „*Hereditary Chiefs*“ vehement gegen den Bau auf ihrem traditionellen Land. Im Dezember 2019 wies das „*UN-Committee on the Elimination of Racial Discrimination*“ (*UN-CERD*) Kanada darauf hin, dass bei solchen Entscheidungen alle Mitglieder eines Volkes ein Mitspracherecht haben müssen und dass in diesem Fall nicht die notwendige „*freie, vorherige und informierte Zustimmung*“ (*FPIC*) aller Wet’suwet’en Nations vorliegt. Kanada würde damit gegen die „*UN-Declaration on the Rights of Indigenous Peoples*“ verstoßen. Das Komitee wies die kanadische Regierung an, derzeitige und zukünftige Genehmigungen von Großprojekten so lange einzufrieren, bis die notwendige Zustimmung indigener Gemeinden vorliegt, ferner jede Form von Zwangsräumung aus traditionellen Gebieten einzustellen und zu gewährleisten, dass von staatlicher Seite keine Gewalt angewendet wird. Alle Sicherheits- und Polizeikräfte, die sich in der Nähe eines Protestcamps der Wet’suwet’en aufhielten, sollten abgezogen werden.³³

Da der „*Supreme Court*“³⁴ von British Columbia eine einstweilige Verfügung von Coastal GasLink verlängerte, drohte den Wet’suwet’en die Vertreibung von ihrem Land, wenn sie ihr Protestcamp nicht abbauten und die Arbeiter weiter daran hinderten, zur Baustelle zu gelangen.

Im Zuge weiterer Protestaktionen, die auch international viel Beachtung und Unterstützung fanden, kam es überall in Kanada zu massiven Blockaden von Straßen und Eisenbahnlinien. Im ganzen Land schlossen sich indigene Gemeinschaften den Protesten an. Um den Konflikt zu entschärfen, nahmen die Bundes- und Provinzregierung Gespräche mit den Oberhäuptern der Wet’suwet’en auf, die zum Abschluss einer Grundsatzvereinbarung zwischen den „*Hereditary Chiefs*“ der Wet’suwet’en und der Provinzregierung von British Columbia führten - allerdings auch zu Spannungen mit den gewählten „*Chiefs*“. Das „*Memorandum of Understanding*“ bezieht sich im weitesten Sinne nur auf Landrechte und Titel. Es ist kein Abkommen zum Pipelinebau.³⁵

Amnesty International Kanada machte in diesem Zusammenhang deutlich, es gäbe zwar etliche Beispiele, in denen sich indigene Gemeinschaften in Bezug auf wirtschaftliche und soziale Entwicklungsprojekte nicht einig seien, aber es sei nicht die Aufgabe nicht-indigener Kanadier_innen zu entscheiden, welche dieser Meinungen oder Entscheidungen richtig oder falsch seien. Das Selbstbestimmungsrecht indigener Völker gehöre zu den Kernprinzipien der UN-Deklaration sowie anderer internationaler Menschenrechtsinstrumente

32 Supreme Court of Canada: Supreme Court Judgements, *Delgamuukw v. British Columbia*, 11.12.1997, <https://scc-csc.lexum.com/scc-csc/scc-csc/en/item/1569/index.do>

33 „Committee on the Elimination of Racial Discrimination“, *Prevention of Racial Discrimination, Including Early Warning and Urgent Action Procedure*, 25. November -13. Dezember 2019, https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CERD/Shared%20Documents/CAN/INT_CERD_EWU_CAN_9026_E.pdf

34 Es handelt sich hierbei nicht um den Obersten Gerichtshof von British Columbia (BC), sondern um ein Gericht auf mittlerer Ebene. Der oberste Gerichtshof von BC ist der „*Court of Appeal*“.

35 Vaughn Palmer: „Wet’suwet’en agreement could see pipeline disagreements down the road“, *Vancouver Sun*, 15.05.2020, <https://vancouver.sun.com/opinion/columnists/vaughn-palmer-wetsuweten-agreement-could-see-pipeline-disagreements-down-the-road>

der kanadischen Rechtsprechung und wiederholter Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs von Kanada.³⁶

In der Vergangenheit hat das UN-Komitee CERD wiederholt auf gravierende Mängel bei bestimmten Entscheidungen hingewiesen, die getroffen wurden, ohne dass eine „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ indigener Gemeinschaften eingeholt wurde oder dass entsprechende Konsultationen unzureichend waren.

So erhoben die „Chiefs“ der West Moberly and Prophet River First Nations Anfang 2018 eine Klage vor dem „Supreme Court“ von British Columbia, um die Frage der Verletzung ihrer verfassungsmäßig garantierten Landrechte (Treaty 8) und damit auch ihres Rechts auf eine vorherige Konsultation zum Staudammbau Site C gerichtlich klären zu lassen. Sie beantragten außerdem den Erlass einer einstweiligen Verfügung für einen Baustopp während der Dauer des Gerichtsverfahrens, um das Tal vor Überflutungen und damit auch vor einer Vernichtung ihrer Jagdgründe und ihres Lebensraums zu schützen.

Da der Fischfang zu einem wichtigen Kulturgut indigener Völker gehört und das Land für sie eine besondere Bedeutung hat, sind sie von Umweltkatastrophen wie die am Mount Polley 2014 in British Columbia oder in den Gewässern von Grassy Narrows in Ontario besonders hart betroffen. Oft kämpfen sie jahrelang für entsprechende Entschädigungen und Wiedergutmachungen wie Reinigungsmaßnahmen.

Die Folgen der langen Kolonialzeit zeigen sich in der kanadischen Gesellschaft auch im alltäglichen Rassismus - sei es im Gesundheitswesen, bei gewaltsamen und repressiven Polizeimaßnahmen oder innerhalb der Justiz. So hat Amnesty International Kanada immer wieder einen systematischen und institutionellen Rassismus sowie Diskriminierung im Alltag beklagt. Zwangssterilisationen³⁷ indigener Frauen, von denen noch 2018 berichtet wird, sind nur ein Beispiel - ebenso wie die Qualitätsunterschiede in der Gesundheitsversorgung der indigenen und nicht-indigenen Bevölkerung.

Viele indigene Gemeinden leiden unter einem Gesundheitssystem, das so unterfinanziert ist, dass es vom kanadischen Menschenrechtstribunal als diskriminierend gegenüber Indigenen bewertet wurde. Die kanadische Regierung wurde angewiesen, das Problem zu lösen. In sehr vielen Gemeinden gibt es weder Ärzte noch Krankenschwestern, keine Krankenhäuser und nicht einmal eine medizinische Notfallausstattung. Kranke müssen in die nächstgelegenen medizinischen Zentren fliegen, um dort die nötige Behandlung zu bekommen.³⁸ Diese Situation ist im Zuge der Covid 19-Pandemie besonders gravierend. Deshalb haben viele indigene Gemeinschaften einen eigenen Plan zum Schutz ihrer Gemeinden entwickelt.³⁹

Ausblick

Die ehemalige kanadische Justizministerin und Mitglied der We Wai Kai-Nation, Jody Wilson-Raybould, schrieb in dem Artikel „Who speaks for the Wet’suwet’en People?“⁴⁰ Ver-

36 Ana Collins, Alex Neve, Amnesty International Kanada: „Wet’suwet’en: Promises Must Lead to Concrete Action“, 20.01.2020, <https://www.amnesty.ca/blog/wetsuweten-promises-must-lead-concrete-action>

37 Jackie Hansen, Amnesty International Kanada: „Indigenous women in Canada continue to be coercively or forcibly sterilized“, 13. November 2018, <https://www.amnesty.ca/blog/indigenous-women-canada-continue-be-coercively-or-forcibly-sterilized>

38 Amnesty International Kanada: „Postcards from a Pandemic blog“, (Beispiel Kanada), <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/04/pandemic-postcards/>

39 Amnesty International Kanada, „Building Immunity in Community“ <https://amnesty.ca/paragraphs-pages/building-immunity-community>

40 Jody Wilson-Raybould: „Who speaks for the Wet’suwet’en people? Making sense of the Coastal Gas-

söhnung erfordere einen Wandel vom kolonialen Regierungssystem, das den First Nations durch den „*Indian Act*“ auferlegt wurde, zu Formen indigener Regierungsführung, die von ihnen selbst festgelegt und von anderen anerkannt werden. Das sei nicht die Aufgabe von Regierungen oder Akteuren der Wirtschaft.

Bob Joseph, „Status Indian“, Mitglied of the Gwawaenuk First Nation, Gründer und Präsident der *Indigenous Corporate Training Inc.* drückte seine Hoffnung auf ein sich veränderndes Kanada so aus:

„Wenn sich die Kanadier_innen weiterhin für Versöhnung einsetzen, die 94 Empfehlungen der „*Truth and Reconciliation Commission*“ von Kanada persönlich überprüfen und die für sie relevanten weiter verfolgen, könnten wir vielleicht eine Stärkung der „*Nation to Nation*“-Beziehung erreichen und ein besseres, wohlhabenderes Kanada schaffen, das seiner Ideologie, die Menschenrechte nicht nur im Ausland, sondern auch zuhause anzuerkennen, gerecht wird.“⁴¹

Marianne Kersten
(Oktober 2020)

Link conflict“, *The Globe and Mail*, 24.01.2020, <https://www.theglobeandmail.com/opinion/article-who-speaks-for-the-wetsuweten-people-making-sense-of-the-coastal/>

⁴¹ Bob Joseph, „21 Things You May Not Know About The Indian Act“, *Indigenous Relations Press* 2018, S.105